

„Wir brauchen wirksame Stallkontrollen“

Netzwerk von Bürgerinitiativen fordert Wandel in der Agrarpolitik / Demonstration in Hannover geplant

Skandale in der Tierhaltung, hoher Antibiotika-Verbrauch und Überdüngung der Äcker – eine echte Wende in der Agrarpolitik scheint nicht in Sicht. Unter dem Motto „Wir haben es satt“ hat das „Landesnetzwerk Niedersachsen – Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ für kommenden Sonnabend zu einer Demonstration in Hannover aufgerufen. Dem vor wenigen Monaten gegründeten Aktionsbündnis gehören rund 120 Tier- und Umweltschutzverbände sowie Bürgerinitiativen an. Martin Wein sprach mit Michael Hettwer, dem Sprecher des Netzwerks.

Sie wollen am kommenden Sonnabend in Hannover für eine „neue, faire Agrarpolitik“ demonstrieren. Was genau ist denn unfair?

Michael Hettwer: Es ist unfair, nur die großen landwirtschaftlichen Einheiten zu fördern. Bei der Gründung Niedersachsens gab es mehr als 300 000 Höfe im Land. Heute sind es noch 42 500. Das hat auch mit staatlicher Förderpolitik zu tun und ist eine gefährliche Fixierung der Politik und Lobbyorganisationen. Um das Thema haben die meisten Politiker bislang einen weiten Bogen gemacht, weil man sich da mancher derben Äußerung der Agrarfunktionäre ausgesetzt sieht. So hat man es wenigen Politikern überlassen, den Rahmen abzusticken. Diese unheilige Allianz müssen wir aufbrechen.

Die industrielle Agrarproduktion ist in Deutschland Realität. Stellen Sie das grundsätzlich infrage!

Wir wollen keinen Streichelzoo. Das wäre unrealistisch. Was wir aber auch nicht wollen, sind Agrarfabriken. Genauso werden aber mit riesigen Mengen Steuergeld herangemästet. 65 Prozent des EU-Haushalts fließen in Agrarsubventionen – und ein großer Teil davon zurück nach Niedersachsen. Allein 300 Euro pro Hektar erhält jeder Landwirt dafür, dass er sich an geltende Regeln hält. So etwas gibt es in keinem anderen Wirtschaftsweig. Die Fördergelder müssen an die Wahrung gesellschaftlicher und ökologischer Interessen gekoppelt werden. Dazu brauchen wir zum Beispiel eine Obergrenze bei 30 000 Hühnern pro Hof, die artgerecht gehalten werden müssen. Die Hälfte der Futtermittel muss aus eigenem Anbau stammen, wie es früher gesetzlich vorgeschrieben war. Das sehen auch viele Landwirte mit kleinen Höfen so. Aber da sie auf Gedeih und Verderb an Landvolk gebunden sind, machen sie nicht den Mund auf.

Zufriedene Landwirte gibt es doch gar nicht oder?

Man könnte wirklich glauben, Landwirte würden mit einem Stein auf der Brust geboren, damit sie sofort das Klagen lernen. Und die Lobbyarbeit des Landvolks ist wirklich toll. Was die in den letzten 60 Jahren erreicht haben, ist gewaltig. Jetzt wird behauptet, wir müssten neue Großställe haben, damit das Fleisch nicht aus Russland importiert wird. Das wird es trotzdem, aber dafür freut sich der Wiesenhof-Konzern über vier Millionen Euro Subventionen im Jahr.

Niedersachsen ist außerhalb weniger Zentren Agrarland. An einer nicht wettbewerbsfähigen Agrarproduktion kann Ihnen kaum etwas liegen?

Wo ist denn der Wettbewerb? Landwirte beziehen zwei Drittel ihres Einkommens aus staatlichen Fördertöpfen. Jeder Handwerker, der so wirtschaftete, würde schamrot werden. Ich werfe den Leuten das nicht vor. Was ich aber anprangere, ist eine Politik, die das mitmacht und mit der Gießkanne das Geld verteilt.



Gegner des umstrittenen Geflügelschlachthofes in Wietze (Landkreis Celle) fordern „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“.

FOTO: DPA

Sie fordern „faire Preise und Marktregeln“. Was wäre denn zum Beispiel ein fairer Preis für einen Liter Milch oder für sechs Eier?

Bei Milch wären das sicher deutlich mehr als 40 Cent pro Liter für den Landwirt. Ein Bio-Ei müsste im Laden sicher 30 bis 35 Cent kosten.

Ist der Protest nicht oft etwas scheinheilig? Nur eine Minderheit kauft doch wirklich Bio-Produkte, weil die den meisten zu teuer oder etwa bei Gemüse zu klein und schrumpflich sind.

Die Kennzeichnungspflicht für Eier hat die Käfighaltung schnell verdrängt, auch wenn Bio-Eier oder Eier aus Freilandhaltung etwas teurer sind. Bei Fleisch ist der Preisprung deutlich höher. Aber inklusive der Subventionen kostet ein Masthähnchen für 2,99 Euro uns alle auch deutlich mehr. Ein neues Label des Deutschen Tierschutzbundes gibt dem Verbraucher hier jetzt mehr Überblick. Ich bin sicher: Die Verkaufszahlen für Bio-Fleisch werden damit in die Höhe gehen. Und schon jetzt müssen wir viel davon aus Polen importieren, weil es nicht genug deutsche Höfe gibt, die ökologisch produzieren.

Welche konkreten Forderungen haben Sie an die Landesregierung?

Wir fordern eine Filterpflicht für alle Stallanlagen, um Geruchs- und Keimbelastungen für die Anwohner zu verringern. Vor dem Bau jedes Stalls oder Schlachthofs muss der Betreiber gutachterlich nachweisen, dass davon keine Gesundheitsgefahr für Nachbarn ausgeht. Für alle Anlagen muss es ein Brandschutzkonzept geben, um notfalls Mensch und Tier retten zu können.

Einige Landkreise machen da noch gar keine Auflagen. Wir brauchen eine regelmäßige, wirksame Kontrolle aller Ställe, Schlachthöfe, Tier- und Düngemitteltransporte. Heute kontrollieren nur sieben Mitarbeiter die Gülletransporte im Land. Das ist nicht mehr als ein Feigenblatt. Schließlich muss es eine Entflechtung der staatlich geförderten Kammer und der privaten Verbände geben. Es ist doch anrüchig, dass die Landwirtschaftskammer und der Geflügelzüchterverband für Niedersachsen in Oldenburg unter einer Adresse residieren. Die haben sogar dieselbe Faxnummer.

Das Sponsoring des Geflügelmasters Wiesenhof für den SV Werder machte Furore. Was halten Sie davon?

Ich habe dem Werder-Vorstand einen deutlichen Brief geschrieben. Ich fieberne ja selbst mit Werder, wenn es nicht gerade gegen Hannover 96 geht. Als Kaufmann sehe ich die Sachzwänge. Es geht um richtig viel Geld. Aber der Mangel der Vereinspitze an Moral und Anstand ist erschreckend.

Wenn alle gegen diese Form der Geflügelhaltung sind, warum werden die Produkte dann weiter gekauft?

Wir sind da richtig angefüttert worden wie Junkies. Vor 30 Jahren gab es in Kühlställen kein Hühnerfleisch. Dann hieß es, das sei cholesterolarm und günstig. Dabei wird heute fast jedes Hähnchen achtmal mit Antibiotika gepäppelt. Das kann nicht gesund sein. Und anders als ein Biohähnchen schrumpft es in der Pfanne richtig zusammen. Wenn die Subventionen für die Agrarindustrie wegfallen, steigen auch deren

Preise. Dann werden die meisten Verbraucher Bio-Produkte vorziehen.

Ist die Landesregierung bei diesen Fragen eigentlich der richtige Adressat?

Wir gehen ja auch nach Berlin oder Brüssel. Aber tatsächlich ist die aus Hannover geförderte Landwirtschaftskammer heute das dritte Rad am Wagen des Landvolkverbandes. Das muss sich ändern. Auch das Baurecht und die Kontrolle der Betriebe ist Landessache. In Nordrhein-Westfalen wird jeder Bio-Hof mit 500 Euro je Hektar gefördert. In Niedersachsen ist die Förderung irrelevant. Die Landeregierung kann sich also nicht aus der Verantwortung ziehen. Derzeit werden allein in Niedersachsen drei neue Schlachthöfe geplant. Die werden eine halbe Milliarde Hähnchen im Jahr schlachten können. Das ist die Hälfte der gesamten deutschen Jahresproduktion. Das hat mit Versorgung der deutschen Haushalte nichts mehr zu tun. Dieser Wahnsinn muss ein Ende haben.



Zur Person
Michael Hettwer (56) ist als kaufmännischer Angestellter Prokurator eines mittelständischen Unternehmens. Er lebt in der Nähe von Hannover. Als vor zwei Jahren in seiner Nachbarschaft ein Maststall für mehr als 80 000 Hähnchen gebaut werden sollte, gründete er eine Bürgerinitiative dagegen. Hettwer ist Sprecher des Aktionsbündnisses „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“, dem rund 120 Tier- und Umweltschutzverbände sowie Bürgerinitiativen angehören.

Land plant Gesetz zu Schuldenabbau

Kreditaufnahme soll reduziert werden

Hannover (wk). Mit Hilfe der höheren Steuereinnahmen will die niedersächsische Landesregierung die Neuverschuldung in diesem Jahr deutlich zurückfahren. Die Nettkreditaufnahme soll auf 720 Millionen Euro gesenkt werden. Das kündigte Ministerpräsident David McAllister (CDU) gestern in Hannover nach einer Sitzung des Koalitionsausschusses an.

2013 sollen 620 Millionen Euro neue Schulden aufgenommen werden. Damit wird die Neuverschuldung in beiden Jahren insgesamt voraussichtlich um 855 Millionen Euro geringer ausfallen als im Doppelhaushalt 2012/2013 veranschlagt. Andere Bundesländer sind schon weiter. Sie kommen jetzt schon ohne Neuverschuldung aus und tilgen in den kommenden Jahren sogar alte Schulden. In Niedersachsen sollen erstmals 2017 keine neuen Schulden aufgenommen werden.

Die Regierung in Hannover will nun keinen Nachtragshaushalt in die Wege leiten, sondern die neuen Zahlen mit einem Schuldenabbaugetzt festzuschreiben.

„Die Rechtswirkung ist die gleiche. Nirgendwo steht, dass man das Ding Nachtrag nennen muss“, sagte Finanzminister Hartmut Möllring (CDU). Der Haushaltsplan 2012/2013 solle nicht noch einmal komplett überarbeitet werden, weil sonst neue Begehrlichkeiten geweckt werden könnten. „Man könnte ja auch 77 Tage vor der Wahl auf andere Überlegungen kommen. Ich bin mir ganz sicher: Andere politische Mitbewerber würden auch genau das jetzt so tun, wir machen das anders“, sagte CDU-Landeschef McAllister.

SPD-Spitzenkandidat Stephan Weil bezeichnete das Vorhaben der Regierung als „Panikattacke“. CDU und FDP wollten darüber hinwegtäuschen, „dass unter schwarz-gelber Verantwortung die Schulden des Landes um 50 Prozent auf 60 Milliarden Euro gestiegen sind“.

Laut Steuerschätzung kann Niedersachsen in diesem Jahr mit Mehreinnahmen von 382 Millionen Euro rechnen.

NACHRICHTEN IN KÜRZE

FÄLSCHE POLIZISTEN

20-Jähriger ausgeraubt

Hannover. Als Polizisten getarnt, haben zwei Männer in der Nacht zu gestern einen 20-Jährigen in Hannover überfallen und ausgeraubt. Der junge Mann war auf dem Heimweg, als ihn die Tatverdächtigen zu Boden stießen und fesselten, teilte die Polizei gestern mit. Als sich das Opfer befreien wollte, sprühten ihm die Unbekannten Pfefferspray ins Gesicht, bedrohten ihn mit einem Messer und zwangen ihn zu einem Auto. Dort nahmen sie ihm mit weiteren Komplizen seinen Geldbeutel ab. Zwei Frauen hatten das Geschehen zuvor bemerkt und die Männer angeschrien, die sich als Polizisten ausgaben. Die Täter konnten flüchten.

TOPF MIT FETT BRENNT

Eltern retten ihre Kinder

Neustadt. Zwei Kinder sind von ihren Eltern aus dem brennenden Haus der Familie in Neustadt am Rübenberge gerettet wurden. Die Eltern holten die Jugendlichen über eine Leiter aus dem Gebäude, teilte die Polizei gestern mit. Der Vater und die Mutter hatten den Brand vor den Kindern bemerkt und waren daraufhin aus dem Haus gelaufen. Der 14-jährige Sohn erlitt eine Rauchvergiftung, seine 15-jährige Schwester blieb unverletzt. Der Brand richtete einen Schaden von 200000 Euro an. Auslöser war vermutlich ein auf dem Herd stehender Topf mit Fett.

GEGEN MIETENWAHNSINN*

Polizei räumt besetztes Haus

Hamburg. Die Polizei hat am Sonnabend in Hamburg-Horn ein besetztes Haus geräumt. Mit der Besetzung der leerstehenden alten Villa habe eine Gruppe „gegen den Mietenwahnsinn“ protestieren wollen, teilte die Polizei gestern mit. In dem Gebäude hätten sich zehn Personen aufgehalten, darunter etwa 50 bis 60. Die Räumung der Villa sei ohne größere Auseinandersetzungen vonstattengegangen, sagte ein Polizeisprecher. Festgenommen wurde niemand. Die städtische Wohnungsgesellschaft Saga, der das Haus gehöre, habe zuvor Strafantrag gestellt.

WOHNUNG IN FLAMMEN

55-Jähriger schwer verletzt

Wilhelmshaven. Bei einem Wohnungsbrand in Wilhelmshaven hat ein 55-Jähriger gestern Morgen schwere Verbrennungen erlitten. Eine Funkstreife traf den verletzten Mieter zufällig vor dem Haus an, er war aber nicht ansprechbar. Aus einer Erdgeschosswohnung schlugen Flammen durch zersprungene Fenster. Das Gebäude und angrenzende Häuser wurden nach Polizeiangaben evakuiert. Die Feuerwehr bekam den Brand rasch unter Kontrolle. Vier Bewohner des Hauses kamen mit Rauchvergiftungen in Krankenhäuser.

Klimawandel bedroht Kartoffel

Expertin fordert robustere Sorten / Hitze gefährdet Erträge

VON TERESA DAPP

Uelzen. Die norddeutschen Kartoffelbauern müssen sich nach Ansicht von Experten auf heißere, trockene Sommer und damit erschwerte Anbaubedingungen einstellen. „Dann, wenn die Pflanzen es brauchen, wird es weniger Niederschlag geben“, sagte Monika von Haaren von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen in Uelzen. Die Landwirte müssen deshalb die Bewässerung ihrer Felder optimieren. Gerade der sandige Boden in Norddeutschland, der für den Kartoffelanbau besonders vorteilhaft sei, könne Wasser schlecht halten, sagte die Geografin, die das Projekt „Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten“ leitet.

Doch nicht Hitze und Trockenheit könnten die Kartoffelernte künftig gefährden. „Es wird auch vermehrte heftige Regenfälle in kurzer Zeit geben“, sagte von Haaren. Die großen Wassermengen seien eine Gefahr für die Pflanzen und die Böden, Erosion könne die Folge sein. Für ausreichend Bewässerung zu sorgen, ist in den Augen der Expertin jedoch die wichtigste Aufgabe für die Zukunft. Für die hohen Investitionen hoffe man auf Unterstützung der Politik. „Es müssen auch Mittel für die Anpassung bereitstehen, nicht nur zur Vermeidung des Klimawandels“, betonte von



Heiße, trockene Sommer und heftige Regenfälle bedrohen die Kartoffel.

FOTO: DPA

Eklat bei Menschenrechtsverein

Gesellschaft für bedrohte Völker schließt Ex-Vorstände aus

VON HEIDI NIEMANN

Göttingen. Die internen Querelen der Menschenrechtsorganisation „Gesellschaft für bedrohte Völker“ (GfbV) in Göttingen haben jetzt zu einem weiteren Eklat geführt. Am Sonnabend beschloss die Mitgliederversammlung, zwei frühere Vorstandsmitglieder auszuschließen. Grund: Der Ex-Bundesvorsitzende Harald Klein aus Freiburg und sein damaliger Stellvertreter James Albert aus Göttingen hätten der Organisation Schaden zugefügt und deren Ansehen in der Öffentlichkeit diskreditiert. Beide hatten nach ihrer Wahl im Oktober 2010 finanzielle Unregelmäßigkeiten und transparente Strukturen des Vereins moniert. Die Überprüfungen mündeten unter anderem in eine Strafanzeige gegen GfbV-Generalsekretär Tilman Zülch. Gegen ihn ermittelte seitdem die Staatsanwaltschaft Göttingen wegen des Verdachts der Untreue. Das Verfahren sei noch nicht abgeschlossen, sagte ein Sprecher der Strafverfolgungsbehörde.

Bei der Mitgliederversammlung sprachen sich nach Angaben der GfbV-Sprecherin Inse Geismar bei zwei Gegenstimmen und sechs Enthaltungen 64 Mitglieder für den Ausschluss aus. Die GfbV wolle jetzt Regressansprüche gegen die beiden Ex-Vorstandsmitglieder geltend machen.

Im Mittelpunkt des Streits steht die Rolle von Generalsekretär Tilman Zülch. Der heute 72-Jährige hatte 1968 die Aktion BiAfrahilfe ins Leben gerufen, aus der später die GfbV hervorging. Seitdem hat er den Verein geprägt und ihm seinen Stempel aufgedrückt. Zu den Spannungen kam es, nachdem im Oktober 2010 ein neuer Vorstand sein Amt angetreten hatte. Der neue Bundesvorsitzende Harald Klein war nach eigenen Angaben von Zülch persönlich vorgeschlagen worden, sein Vize James Albert von den Mitarbeitern des Göttinger GfbV-Büros. Albert wurde darüber hinaus wegen seines jahrelangen Engagements für die GfbV und sein Eintreten für die diskriminierten Ureinwohner Indiens zum Ehrenmitglied der Menschenrechtsorganisation ernannt.

Als Vorstandsmitglieder hätten sie die Pflicht gehabt, zu prüfen, wie Gelder ausgegeben werden, sagte Albert. Als er entsprechende Fragen stellte, habe er zu seinem Erstaunen festgestellt, dass dies unerwünscht gewesen sei. Ein Kritikpunkt sei ein Interessenskonflikt gewesen, der durch die zeitweilige Doppelfunktion Zülchs entstanden sei: Dieser war bis Oktober 2010 selbst zwei Jahre lang ehrenamtlicher Bundesvorsitzender gewesen, gleichzeitig jedoch weiterhin bei einem Gehalt von 70000 Euro als Generalsekretär angestellt.